

Köhler tanzt mit Chinas Bauern



Ein fröhlicher Tanz auf der Straße: Bei seiner Reise nach Vietnam und China nahm Bundespräsident Horst Köhler zwei Chinesinnen an die Seite (Foto: DPA). Von Verstimmungen in jüngster Zeit zwischen beiden Ländern keine Spur. Äußerst

heftig hatte Peking auf eine Bundestagsresolution gegen chinesische Arbeitslager reagiert und auch den Rechtsstaatsdialog vorerst unterbrochen. Vor den Menschenrechtsverletzungen verschließt Köhler seine Augen nicht: Vor seinem Treffen mit

Staatschef Hu Jintao in Peking betonte er die Wichtigkeit von Menschenrechten für das Vertrauen der Bürger in den Staat. China in Menschenrechtsfragen „oberlehrerhaft“ zurechtzuweisen verhindere aber einen freundschaftlichen Dialog.

GESETZENTWURF

Kein Alkohol für Fahrer unter 21

BERLIN – Für Fahranfänger unter 21 Jahren soll ein absolutes Alkoholverbot am Steuer gelten. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den der Bundestag verabschiedet. Ursprünglich hatte die Bundesregierung diese Grenze nur für die zweijährige Probezeit vorgesehen. (dpa)

BEI TÄTER UND OPFER

Polizei soll Herkunft erfassen

BERLIN – Die Polizei soll einem Zeitungsbericht zufolge nach dem Willen der Innenminister von Bund und Ländern neben der Staatsangehörigkeit von Straftätern und Opfern künftig auch deren „Migrationshintergrund“ erfassen. Das sieht eine Beschlussvorlage für die Innenministerkonferenz kommende Woche in Berlin vor. (AFP)

ZU RÜDE REGIERT

CSU stürzt ihren Bürgermeister

GARMISCH-PARTENKIRCHEN – Die CSU in Garmisch-Partenkirchen hat ihrem eigenen Bürgermeister Thomas Schmid den Stuhl vor die Tür gesetzt. Nach monatelangem Streit über den rüden Führungsstil des seit 2002 amtierenden Rathauschefs nominierten die Parteidelegierten am Mittwoch den Garmischer CSU-Ortsvorsitzenden Max Wank zum Bürgermeisterkandidaten für 2008. (dpa)

BEFRUCHTUNG

Zahlung nur für junge Patienten

KASSEL – Gesetzliche Krankenkassen müssen sich nicht an den Kosten für künstliche Befruchtungen beteiligen, wenn der Mann über 50 Jahre alt ist. Das Bundessozialgericht begründete seine Entscheidung damit, dass Kinder von beiden Elternteilen möglichst bis zum Ende der Berufsausbildung aufgezogen werden sollen. Bei einem älteren Vater sei dies relativ unwahrscheinlich. (AP)

ZUSTAND BESSER

Castro gesteht viele Operationen

HAVANNA – Zehn Monate nach seiner Erkrankung hat Kubas Revolutionsführer Fidel Castro eingestanden, dass er mehrfach operiert worden ist. „Es gab nicht nur eine Operation, es waren mehrere“, schrieb Castro in einem Artikel für die kubanische Presse. Derzeit werde er „auf oralem Wege“ ernährt, und sein Zustand bessere sich, schrieb Castro (80), der die Führung des Staates in die Hände seines Bruders Raul (75) gelegt hat. (dpa)

AUSBILDER-PROZESS

Geiselnahme war „positive“ Sache

MÜNSTER – Im Bundeswehrprozess vor dem Landgericht Münster um angebliche Misshandlungen während einer simulierten Geiselnahme, haben vier ehemalige Rekruten die Vorkommnisse als positive Erfahrung bewertet. Angeklagt sind mehrere Ex-Ausbilder sowie der damalige Kompaniechef. (dpa)

ANSCHLAG IN TÜRKIE

Attentäter kannte Kurden-Gruppen

ANKARA – Der Selbstmordattentäter von Ankara hat Medienberichten zufolge eine kurdische Rebellengruppe nahegestanden. Bei seinem Anschlag am Dienstagabend kamen sechs Menschen ums Leben, 121 wurden verletzt. Nachdem gestern in den Kurdengebieten sechs türkische Soldaten getötet wurden, drohte Ministerpräsident Erdogan Untergrundkämpfern mit der Verfolgung auf irakischem Gebiet. (dpa)

ASSAD DER DESPOT REGIERT DAS LAND SEIT 2000

Syriens Herrscher lässt sich wiederwählen

Die Hoffnung auf mehr Freiheit ist verpufft. Baschar al-Assad regiert mit harter Hand und unterstützt die Terroristen im Libanon.

Damaskus rtr/dpa/AP

Als Baschar al-Assad im Jahr 2000 die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Hafes als syrischer Präsident antrat, war viel von einem Aufbruch die Rede. Das Wort vom „Damaszener Frühling“ machte die Runde: In dem autoritär regierten arabischen Land waren plötzlich so offene politische Debatten möglich wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wenn Assad junior am Sonntag per Volksabstimmung für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt wird, dürfte sich solche Euphorie kaum noch einmal einstellen. Und auch die internationale Isolierung des Landes ist lange nicht überwunden.

Dass der 41-Jährige das gewünschte Mandat erhalten wird, steht außer Frage. Assad tritt ohne Gegenkandidat an – weshalb selbst seine Regierung den Urnengang nicht als Wahl, sondern als Volksabstimmung bezeichnet. Das Ergebnis wird unter diesen Umständen kaum anders ausfallen als vor sieben Jahren, als der Polit-Neuling 97,29 Prozent der Stimmen erhielt. Gestern gingen rund 300 000 Menschen auf die Straße, um zu demonstrieren – für Assad. Organisiert war die Kundgebung von der Baath-Partei.

Die verbotene liberale Opposition kritisiert die Abstimmung angesichts dieser Umstände als undemokratisch und hat zum Boykott aufgerufen.

Die Erwartung politischer Reformen ist verpufft. Der „Damaszener Frühling“ dauerte nur rund ein Jahr. Derzeit sitzen nach Angaben syrischer Menschenrechtler Dutzende Oppositionelle und Kurdenpolitiker in Haft. Zeitgleich mit der Nominierung Assads zur Wiederwahl verurteilte ein Gericht den Dissidenten Kamal Labwani zu zwölf Jahren Gefängnis.

Die Erwartung des Westens, dass Baschar den „Übergang von einem sehr autoritären Regime zu einer gelenkten Demokratie“ einleiten könne, sei zu hoch und letztlich „Wunschdenken“ gewesen, sagt Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Mit seiner Unterstützung für die pro-iranische Hisbollah im Libanon und durch seine radikale Ablehnung der Irak-Invasion hat

Assad US-Präsident George W. Bush gegen sich aufgebracht, der Syrien prompt einen Platz auf der „Achse des Bösen“ zuwies. Doch auch wohlmeinende europäische und arabische Staaten haben sich im Laufe der vergangenen drei Jahre zunehmend vom Damaszer Regime abgewandt. „Assad ist nicht zu helfen, er ist einfach uneinsichtig“, sagen arabische Diplomaten, die vergeblich versucht haben, den syrischen Präsidenten in der Kontroverse um Syriens Einflussnahme im Libanon zum Einlenken zu bewegen.

Mit diesem Land hängt auch das größte politische Dilemma Assads zusammen: der Mord an seinem einstigen Widersacher, dem früheren libanesischen Ministerpräsidenten und Milliardär Rafik Hariri. Zwar ist das Sprengstoffattentat, bei dem Hariri am 14. Februar 2005 ums Leben kam, bis heute nicht lückenlos aufgeklärt. Doch einige der Hauptverdächtigen kommen aus dem unmittelbaren Umfeld von Assad.



Junge Frauen demonstrieren auf den Straßen der Hauptstadt Damaskus für ihren Präsidenten Baschar al-Assad. FOTO: REUTERS

ATOMSTREIT INTERNATIONALE KONTROLLEURE SIND UNTER DRUCK

USA fordern härtere Strafmaßnahmen gegen den Iran

WASHINGTON/TEHERAN – Die USA wollen im Atomstreit mit dem Iran die Sanktionen ein drittes Mal verschärfen und setzen dabei auch IAEA-Chef Mohammed al-Baradei persönlich unter Druck. US-Präsident George W. Bush teilte gestern in Washington mit, er habe Außenministerin Condoleezza Rice angewiesen, mit den europäischen Partnern weitere Strafmaßnahmen zu entwickeln. Aus IAEA-Kreisen in Wien verlautete, die USA hätten eine offizielle Beschwerde gegen al-Baradei eingelegt, weil dieser Teheran einige Elemente zur Urananreicherung erlauben wolle.

Al-Baradei verwies auf Defizite der internationalen Atomaufsicht und mahnte drastische Reformen an. Er werde in den nächsten Wochen ein Maßnahmenbündel vorlegen, um die offensichtlichen Mängel bei der Kontrolle des Atomwaffensperrvertrags zu beseitigen, kündigte der Direktor der internationalen

Atomenergiebehörde (IAEA) auf einer Konferenz zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe in Luxemburg an. Er stimmte der Einschätzung des US-Gehemdesdienstes CIA zu, dass der Iran nur noch drei bis acht Jahre vor Bau einer Atombombe entfernt sei.

Al-Baradei verwies darauf, dass der Aufstieg Indiens, Pakistans, Israels und Nordkoreas zu Atommächtigern von Defiziten bei der derzeitigen Atomaufsicht begünstigt worden sei. Einer seiner Vorschläge ziele deshalb auf die Schaffung einer internationalen „Atom Brennstoffbank“ ab: Damit würde für jeden Staat mit einem rein zivilen Atomprogramm der Grund entfallen, selbst Uran anzureichern.

Iran hat seine Ausweitung der Urananreicherung damit begründet, dass es Atom Brennstoff für seine Kernkraftwerke benötige. Bush hielt dem entgegen, mit der fortgesetzten Anreicherung von Uran missachte der

Iran „den Willen der freien Welt“. „Die Welt hat gesprochen, und sie hat gesagt: Keine weiteren Atomwaffenprogramme“, sagte Bush. „Und trotzdem ignorieren sie stetig diese Forderungen.“

Al-Baradei sagte zur Lage der IAEA in der Atomkontroverse: „Wir bewegen uns dahin, dass Iran (nukleare) Kapazität und Wissen aufbaut, ohne in der Lage zu sein, die Natur und das Ausmaß des Programms zu verifizieren.“

Das iranische Atomprogramm wird nach Medienberichten von amerikanischen und anderen Geheimdiensten seit Jahren systematisch sabotiert. So würden verdeckte Mitarbeiter dem Iran mangelhafte Bauteile kaufen, deren Defekte nicht leicht nachzuweisen seien. So sei die Explosion von 50 Zentrifugen zur Urananreicherung in der Atomanlage Natanz durch fehlerhafte Spannungsregler verursacht worden. (HA)

LIBANON WILL „TERRORISMUS AUSROTTE“

BEIRUT – Der vom Westen unterstützte libanesischer Ministerpräsident Fuad Siniora hat angekündigt, den „Terrorismus ausrotten“ zu wollen. Seine Regierung werde den bewaffneten Islamisten der Gruppe Fatah al-Islam nicht weichen, sagte Siniora gestern in einer Fernsehansprache zum siebten Jahrestag des israelischen Rückzugs aus dem Libanon. Verteidigungsminister Elias Murr verlangte die Kapitulation der im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared verchanzten Gruppe, andernfalls werde die Armee das Lager er-

neut angreifen. Die Marine versenkte Schlauchboote mit fliehenden Islamisten.

Die Armee habe bereits Plannungen für den Fall, dass die Sunnitenniliz in dem Lager nicht aufgegeben, sagte Murr dem arabischen Satelliten-Sender al-Arabija. Verhandlungen mit der Gruppe werde es nicht geben. Unter dem Beschuss eines Marineschnellboots sanken gestern Morgen Schlauchboote, auf denen nach der Areeangaben Kämpfer der Gruppe Fatah al-Islam zu entkommen versuchten. Armeesprecher wollten keine Angaben dar-

über machen, ob Soldaten Gefangene machten oder Leichen aus dem Meer borgen. Schiffe der Küstenwache und Marine kreuzten vor der an der Mittelmeerküste gelegenen großen Flüchtlings-siedlung, die sich etwa zehn Kilometer nördlich der Hafenstadt Tripoli befindet.

Zu Fuß oder in Autos nutzten die verängstigten Menschen auch gestern eine brüchige Waffenruhe zwischen Islamisten und Armee zur Flucht in die benachbarte Flüchtlings-siedlung Baddawi, nach Tripoli und in nahe gelegene Dörfer. (AFP)

Israel verhaftet Minister der Hamas

NABLUS/GAZA – Israelische Soldaten haben in einer Razzia 33 führende Hamas-Mitglieder verhaftet. Unter ihnen sind ein Minister, zwei Abgeordnete und drei Bürgermeister. Die Razzia gestern im Norden des Westjordanlands war offenbar eine Reaktion auf jüngste Raketenangriffe von Kämpfern der islamischen Miliz. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas verurteilte die Festnahmen als Schlag gegen die Friedensbemühungen.

Von den Politikern, die am frühen Morgen abgeführt wurden, ist Bildungsminister Nasser

Schaer am bekanntesten. Der als Pragmatiker geltende Minister wurde bereits im vergangenen Jahr festgenommen. Seine Frau sagte, die Truppen hätten auch den Computer des Ministers mitgenommen. Die Soldaten verhafteten außerdem den ehemaligen Minister Abdel Rahman Seidan, die Abgeordneten Hamed Bitawi und Aud Abu Ser sowie die Bürgermeister von Nablus, Kalkilja und Beita.

Festnahmen seien besser als Blutvergießen, sagte Verteidigungsminister Amir Peretz. Ein Sprecher des palästinensischen

Ministerpräsidenten Ismail Haniya forderte die sofortige Freilassung der Männer. Im vergangenen Juni hatte Israel rund 40 Abgeordnete der Hamas festgenommen.

Israelische Kampfflugzeuge zerstörten zwei Geldwechselstuben und Geschäfte in der Stadt Gaza, die nach Darstellung der Streitkräfte zum Finanzsystem der Hamas gehörten. Die Wechselstuben seien für die Überweisung von mehreren Millionen Dollar zur Bewaffnung und Ausbildung von Hamas-Kämpfern genutzt worden. (dpa)

JUSTIZ DER ANWALT DES IN SIBIRIEN EINSITZENDEN EX-YUKOS-CHEFS KLAGT DIE MOSKAUER FÜHRUNG AN UND SPRICHT VON „GRAUSAMKEIT“

„Der Fall Chodorkowski ist eine Abrechnung aus dem Kreml“

HAMBURG – Zwei Jahre ist es her, dass Robert Amsterdam seinen berühmten Mandanten das letzte Mal gesehen hat. Im September 2005 bestätigte ein Moskauer Strafgericht das Urteil gegen Michail Chodorkowski, Russlands reichsten Mann und damals noch Chef des Ölkonzerns Yukos, und schickte ihn für acht Jahre wegen angeblicher Steuerhinterziehung und Betrugs hinter Gitter.

Jetzt hat die russische Staatsanwaltschaft erneut Anklage gegen Chodorkowski erhoben. Wegen angeblicher Geldwäsche drohen dem bereits Inhaftierten weitere 15 Jahre Haft. „Wie man Chodorkowski behandelt, hat ein neues Niveau der Grausamkeit erreicht“, sagte Amsterdam gegenüber dem Abendblatt. Deshalb trifft sich Amsterdam seit Wochen mit Politikern und Men-

schenrechtsgruppen, um auf den Fall Chodorkowski wieder aufmerksam zu machen. „Das hat nichts mehr mit dem Gesetz zu tun, sondern mit seinen persönlichen Feinden, die im Kreml sitzen.“ Bereits das erste Tribunal sei ein politischer Prozess gewesen. „Das kann die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger bestätigen, denn sie hat den Prozess für den Europarat beobachtet“, sagte Amsterdam. So seien Dokumente gefälscht und unwahre Behauptungen aufgestellt worden.

Für die Anwälte Chodorkowskis sei es schwer, Verbindung zu ihrem Mandanten aufzunehmen. Einige Verteidiger wurden bereits verhaftet. Auch Robert Amsterdam wurde wegen eines angeblich fehlenden Visums aus Russland ausgewiesen.

Mehr als 6000 Kilometer ist das Straflager Chodorkowskis von Moskau entfernt. „Das Lager ist ein Gulag“, so Amsterdam. Der Zugang zu Fernsehen und Zeitungen sei nur eingeschränkt möglich. Chodorkowski habe dramatisch an Gewicht verloren. Das Haar des mittlerweile 43-Jährigen sei inzwischen ganz

weiß. „Die Haftbedingungen sind sehr schwierig für ihn“, sagte Amsterdam. Sein Mandant sei faktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Er könne nur noch über Mittelsmänner Kontakt zu Chodorkowski aufnehmen.

Für Amsterdam sind die Verfahren gegen Chodorkowski eine politische Abrechnung des

Kreml. „Chodorkowski hat nichts getan, was damals nicht legal war“, sagt Amsterdam.

1987 übernimmt der damals 24-jährige Michail Chodorkowski die Leitung eines Komsomol-Betriebs, den er anschließend privatisierte. Später gelingt es ihm, wichtige politische Beziehungen zum Umfeld des Präsidenten Boris Jelzin zu knüpfen. Das verschafft ihm Vorteile, als die ersten Staatsbetriebe privatisiert werden. 1995 sichert sich Chodorkowski in einer Pfandauktion die Aktienmehrheit am staatlichen Ölunternehmen Yukos für 309 Millionen US-Dollar. Eine Summe weit unter dem damaligen Marktwert. Er wird Vorstandsvorsitzender und baut den Konzern zu einem der profitabelsten Ölkonzerne Russlands aus. Später mischt er sich verstärkt in die

russische Innenpolitik ein, finanziert die Wiederwahl Jelzins, unterstützt 1999 die Oppositionsparteien und fordert den Aufbau einer offenen Bürger- und Zivilgesellschaft.

Als er seinen Konzern 2003 für amerikanische Investoren öffnen möchte, kommt es zur Verhaftung. Angeblich gab es zwischen den russischen Oligarchen und Putin eine Absprache, wonach Gesetzesüberschreitungen während der „Raubritterphase“ der Jelzin-Ära nicht verfolgt würden, solange sich die Wirtschaft aus der russischen Politik fernhält. Anwalt Amsterdam: „Chodorkowski wusste, dass man ihn eines Tages verhaften würde.“ Er habe jedoch eine rechtsstaatliche Zivilgesellschaft aufbauen wollen. „Und das hat einigen Menschen nicht gefallen.“ (sap)



Robert Amsterdam im Gespräch mit Abendblatt-Redakteurin Sandra Pabst. „Chodorkowskis persönliche Feinde sitzen im Kreml.“ FOTO: HERNANDEZ